

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Fernsprecher Amt Anno 2262.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Ein Erfolg der Gewerkschaften.

In der „Tonindustrie“ schreibt der Syndikus des Arbeitgebersverbandes Dr. Heß, Köln, folgendes:

Außer dem Druck eines großen Arbeitslosenheeres beeinflusst das Leben der Gewerkschaften mannigfache soziale, wirtschaftliche und innergewerkschaftliche Probleme. Die gestiegene Bedeutung und der größere Einfluss der Gewerkschaften ist auf allen Gebieten augenfällig. — Allein im verflochtenen Jahre ist die innere Festigkeit, die innere Geschlossenheit der Gewerkschaften sehr gewachsen. Der Mitgliederbestand hat zugenommen und die Vermögensbestände der einzelnen Gewerkschaften sind zum Teil erheblich gestiegen. Die Konzentration der Gewerkschaften machte weitere Fortschritte. Es gelang ihnen, trotz des ungeheuren Druckes auf dem Arbeitsmarkte, eine allgemeine Lohnsenkung zu verhindern. In der Arbeitszeitfrage konnten sie trotz der Krise erheblichen Boden zurückgewinnen.

Anscheinend wird das Wirken der Gewerkschaften seitens der Arbeitgebervertreter gerechter beurteilt, wie seitens mancher Arbeitnehmer. Es ist daher die höchste Zeit, daß endlich einmal, angesichts der greifbaren Erfolge, der zum Schlagwort gewordene Ausspruch der Unorganisierten von dem Verlagen der Gewerkschaften energisch zu Leibe gegangen wird.

Klassenkampf von oben.

Von welcher Seite heute der schärfste Klassenkampf getrieben wird, zu der Beantwortung dieser Frage müssen verschiedene Organe der Unternehmer mit herangezogen werden. So erscheint als Organ des Industrieschutzverbandes die Zeitschrift „Industrieschutz“, die in bezug auf Verbeugung der Arbeitgeber immerhin Erkleckliches leistet. Wenn auch diese Zeitschrift in den Reihen der Unternehmer nicht allzu große Beachtung findet, so trägt sie doch immerhin dazu bei, in diesen Kreisen eine antisoziale Stimmung zu schaffen und dem sozialen Frieden, wie auch den schwächsten Verhältnissen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein erträgliches Verhältnis zu schaffen, von vorneherein die allergrößten Schwierigkeiten zu bereiten. Nur dem kommunistischen Klassenkampfe von unten ist der in dieser Zeitschrift propagierte Klassenkampf von oben vergleichbar.

Der Geist der in dieser Industrieorganisation (Streitversicherungsunternehmen) herrscht, kommt in einem Artikel „Lohnerhöhung“ von dem Vorsitzenden des Verbandes verfaßt, in Nr. 136 (1922), in seiner vollen Brutalität zum Ausdruck.

In diesem Artikel wird zunächst die Tatsache festgestellt, daß die Löhne in letzter Zeit eine Erhöhung erfahren haben. Eine „Lohnerhöhungswelle“ soll über Deutschland dahingegangen sein. Weil die Gewerkschaften einen „neuerlichen Erfolg“ brauchten, hatte die „sozialdemokratenreine Regierung“ es notwendig, „in ewiger Unklarheit über volkswirtschaftliche Grundfragen“ die Bestrebungen nach Lohnerhöhungen zu unterstützen. Die Ergebnisse der Schlichtungsverhandlungen sind: „Der Lohn wird um sechs Pfennige pro Stunde erhöht.“ „Wieviel Vernunftgründe auch dagegen sprachen, es bleibt dabei.“ Die Mieterhöhung „am 1. April ist mit 0,75 Pfennig, am 1. Oktober mit insgesamt 1,5 Pfennig abgegolten“.

„Der Lebenshaltungsindex beträgt zur Zeit zirka 135 %.“ „Gelernte Arbeiter verdienen 1914 30—40 Pfg., heute 74 bis 100 Pfg., sind also »auf 250—300 Prozent« des Friedenslohnes gestiegen.“ Der bisherige Lohn „war auskömmlich“. „Nur muß der verdiente Lohn richtig angewendet und darf nicht sinnlos verstaatlicht und verbraucht werden.“ „Der Sonntag und das Vergnügen beginnt schon am Samstagmittag.“ „Wie ist es mit der »Kochkunst« der meisten Arbeiterfrauen bestellt?“ „Gesunde und solide Grundzüge für die Lebensführung gibt es in der Jetztzeit nicht mehr.“ „Vergnügungen gehen vor.“ Schließt hier nicht der Verfasser von sich auf andere? „Der Arbeitshaushalt entbehrt der Ordnung und Sparsamkeit.“

„Unterernährung nur bei längerer Arbeitslosigkeit erklärlich.“ „Höhere Unterstüßungen sind für Staat, Gemeinden und Wirtschaft nicht tragbar.“ „Anständige Löhne schädigen die Arbeitslosen.“

Die Besserung der Wirtschaft „ist nur eine scheinbare“, auf den englischen Kohlenarbeiterstreit zurückzuführen.

„Die Lohnerhöhung muß auf der ganzen Linie »Verteuerung aller Fabrikate und Rohstoffe« nach sich ziehen, also die Konsumenten belasten.“ Die Kaufkraft der Arbeiter steigt durch die Lohnerhöhungen nicht. „Die Erfahrungen der Inflation sind offenbar schon wieder vergessen, sonst hätte man den Lohnsteigerungen von Anfang an (von 1924 = 38 Pfg. auf jetzt 74 Pfg. innerhalb dreier Jahre ca. 100 Prozent) von Seiten der Unternehmer wie des Staates auf das Energischste entgegentreten müssen.“ Unter den Lohnerhöhungen leiden nicht nur die Arbeiter, sondern alle Festbesoldeten. Deshalb müssen die Beamtengehälter aufgebessert werden, obschon die Regierung nicht weiß, woher die Mittel nehmen. „Fortzeugend muß die böse Tat Böses gebären.“

Anschließend bekommen es dann die Schlichter nochmals knüppelbald. „Verhandeln heißt nachgeben.“ Aber ist das dann wirklich „ohne Druck und Zwang“, wenn man bei den Verhandlungen den Gewerkschaften alles ablehnt und dann der Schlichter „in übertriebener Bewilligungsfreudigkeit und aus (für ihn) billigem sozialen Gefühl wahrscheinlich noch mehr darauf schlägt, als sonst in stundenlanger Quätere der Verhandlungen möglicherweise erzielt wird.“

Also, Unternehmer, eure Verantwortung ist eine große und schwere. „Sie dürfen sich nicht mitschuldig werden lassen an dem regierungsfertig durch Schlichtungsausschuss und Schlichter tatsächlich ausgeübten Druck und Zwang.“

Dazu schreibt dann die Redaktion der Zeitschrift wörtlich:

„Eingriffe der Regierung und ihrer Organe in die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regelnden Angelegenheiten können, weil von Sachkundiger und für zweckmäßige Regelung ungeeigneter Seite ausgehend, stets nur von Nachteil sein. Das ganze Schlichtungsverfahren ist und bleibt Kuhhandel gewöhnlichster Art, der von einschlägiger, gerechter und zweckmäßiger Entscheidung der strittigen Punkte himmelweit entfernt ist und in alle Ewigkeit bleiben wird.“

Also, da hätten wir ein Stimmungsbild von den Gedanken und Wollen eines Teiles des deutschen Unternehmertums, soweit es dem Industrieschutzverbande angehört und sich widerspruchslos eine derartige Hege, den Klassenkampf reinsten Wassers, in seinem Verbandsorgane bieten läßt.

Ist mit diesen Leuten noch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Ziele der Überbrückung der sozialen Gegensätze überhaupt möglich?

Stehen nicht derartige Ausführungen außerhalb einer ernsthaften Diskussion? Und wie stehts mit den Kenntnissen dieser „Wirtschaftsführer“ auf volkswirtschaftlichem Gebiete?

Zeigen nicht diese Ausführungen an der Stelle, wo sie stehen, daß die materialistische Lehre, wonach „ein jeder, für den am großen Gastmahle der Natur kein Platz gedeckt ist, sich zu entfernen hat“, noch als berechtigt anerkannt wird? Stimmen sie nicht überein mit der unlängst von einem Industriellen bekundeten Auffassung, wonach es besser ist, wenn 200 000 Menschen in Deutschland zugrunde gehen, und andere 300 000 Werte erzeugen, als wenn die ersteren am Leben bleiben und die letzteren sie mit unterhalten müssen? Klassenkampf bis zur Vernichtung des Gegners in der allerhöchsten Form. Egoismus, der rücksichtslos über Leben geht, dem sozialer und kultureller Aufstieg, Gesundheit, Familienleben der Mitmenschen vollständig gleichgültig ist, wenn nur der geheiligte Profit nicht gefährdet wird.

Ausperrungen und Streiks.

Überblicken wir die Entwicklung der Arbeitskämpfe, über die bekanntlich in Deutschland eine sehr gründliche Statistik geführt wird, so sehen wir, daß das Jahr 1926 ein bemerkenswert ruhiges Jahr war. Die Arbeitgeberpresse schreibt im Hinblick darauf von einem Jahr der wirtschaftlichen Vernunft. Bis 1924 spielten vor allem die politischen Streiks und Ausperrungen eine hervorragende Rolle. Sie beanspruchten z. B. im Jahre 1920 von den insgesamt verlorenen 54 Millionen Arbeitstagen 36,5 Millionen und spielten sich in 149 500 von den 197 800 überhaupt betroffenen Betrieben ab. Seit 1924 — also in den letzten drei Jahren — sind keine politischen Arbeitskämpfe mehr gemeldet worden. Der Verlauf der letzten Jahren verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1899—1913 wird durch nachfolgende Zahlen veranschaulicht:

Jahr	Zahl der Arbeitskämpfe (politische und politische seit 1924 nur wirtschaftl.)	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden und Ausgesperrten	Zahl der verlorenen Arbeitstage für Streikende und Ausgesperrte
1899-1913	2114	11 410	234 623	8 006 791
1920	8900	197 823	8 323 977	54 206 942
1921	5223	60 526	2 042 372	30 007 894
1922	5361	57 607	2 321 597	29 240 740
1923	2209	31 611	2 092 922	15 171 773
1924	2012	29 218	1 634 327	36 029 143
1925	1766	26 214	758 071	16 855 856
1926	348	2 807	89 642	1 975 228

Am zweckmäßigsten wird die Heftigkeit der Arbeitskämpfe an der Zahl der verlorenen Arbeitstage gemessen. Wir sehen nun 1926 bis 1923 einen scharfen Rückgang, aber im Jahre 1924 wieder ein Anwachsen auf 36 Millionen verlorene Arbeitstage. Dieses Jahr war bekanntlich

Im Vergleichsjahre der Arbeitgeber

Deutschlands auf die nach ihrer Meinung durch die Not der Inflationsjahre erfüllte Pflicht der Arbeitnehmer. 26 000 Arbeitnehmer wurden 22,6 Millionen Tage ausgesperrt. (Streik wurde nur von 641 000 Arbeitnehmern an 13,2 Millionen Tagen.) Da nur wirtschaftliche Arbeitskämpfe vorlagen, war 1924 zugleich das Jahr mit den stärksten Kämpfen dieser Art überhaupt. Lediglich 1918 wurde ein annähernd so große Verlustziffer an Arbeitstagen (33 Millionen) gezählt. In den anderen Jahren verursachten, wie schon gesagt, die politischen Arbeitskämpfe das ungünstige Ergebnis. Auch in der Vorkriegszeit war weder eine solche Kampfzahl noch jemals eine solche Aussperrungsziffer gezählt worden wie 1924. (1899 bis 1913 durchschnittlich 61 000 Arbeiter durch 229 Ausperrungen bei einem Verlust von durchschnittlich jährlich 2,7 Millionen Arbeitstagen ausgesperrt.) Das Jahr 1925 zeigte dann einen neuen Rückgang der Arbeitskämpfe und besonders der Zahl der Streikenden und Ausgesperrten (von 1,63 Millionen auf 758 000) sowie auch der verlorenen Arbeitstage (von 36 Millionen auf 16,8 Millionen).

Als ein richtiges Friedensjahr stellt sich nun dem gegenüber als auch gegenüber dem Durchschnitt 1899 bis 1913, das letztvergangene Jahr 1926 dar. Der Vergleich der oben wieder-

gegebenen Zahlen mit denen der andern Jahre läßt das deutlich erkennen. Außerlich

wurden zwar 348 Bewegungen gemeldet,

aber ihre Stärke erreichte, gemessen an der Zahl der betroffenen Betriebe, der Zahl der Beschäftigten, der Zahl der Streikenden und Ausgesperrten und der Zahl der verlorenen Arbeitstage kaum ein Zehntel der Heftigkeit des Jahres 1925. Im Verlauf von 1926 war das dritte Vierteljahr mit nur 226 000 verlorenen Arbeitstagen das ruhigste. Dieser Verlauf zeigt, wie unendlich kurzfristig es doch war, wenn noch Anfang vorigen Jahres vom Nachrichtendienst der Deutschen Industriellen Vereinigung die Streiks als ein Hauptübel der Produktionsverminderung hingestellt wurden. Die Streiks der Vorkriegszeit waren, wie wir zeigten, bedeutend heftiger als 1926. Die Ausperrungen (1924) machte die Industrielle Vereinigung damals beziehungsweise nicht verantwortlich für den Produktionsrückgang. Da war die „Deutsche Bergwerkszeitung“ viel, viel ehrlicher, als sie vor Jahresfrist den Gewerkschaften ein nachträgliches Lob dafür spendete, daß sie in den Zeiten der politischen Kämpfe stets besonnen blieben und nur zu oft den Frieden unter großer Mühe wieder stifteten.

Der Verlauf der Arbeitskämpfe im Jahre 1926 ist aus den nachfolgenden Aufstellung deutlich erkennbar.

Streiks und Ausperrungen	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Zus.
Zahl der Streiks	72	94	91	52	309
Zahl der betroffenen Betriebe	381	561	390	808	2 060
Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden	8 546	8 498	9 858	24 187	51 089
Zahl der verlorenen Arbeitstage	277 529	246 475	199 021	143 743	866 778
Zahl der Ausperrungen	9	12	9	9	39
Zahl der betroffenen Betriebe	177	156	26	360	738
Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten	12 539	1 496	1 013	23 455	38 563
Zahl der verlorenen Arbeitstage	982 808	26 778	27 827	171 036	508 450

Die Streiks nahmen, gemessen an der Zahl der betroffenen Betriebe und der Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden im vierten Jahresviertel zu, aber an Stärke ab, wie der Rückgang der Zahl der verlorenen Arbeitstage zeigt. So kommt es, daß die Ausperrungen, die im ganzen Jahr mit nur 508 000 verlorenen Arbeitstagen den Umfang der Streiks — 866 000 verlorene Arbeitstage — nicht erreichten, im vierten Vierteljahr 1926 die Streiks um 30 000 verlorene Arbeitstage übertrafen. Es zeigt sich hier vielleicht schon eine neue Entwicklung, die, nach den bekanntgemachten Absichten zu urteilen, im Jahre 1927 zu härteren Arbeitskämpfen seitens der Unternehmer führen dürfte. Die Ausdehnung der Ausperrungen im zweiten und dritten Vierteljahr 1926 war allerdings außerordentlich gering.

Der Erfolgsgrad des Jahres 1926 gibt dieser neuen Ausperrungswelle keine günstige Note.

Im vierten Vierteljahr 1926 war z. B. keine Ausperrung voll erfolgreich.

Im ganzen Jahr 1926 waren neun Ausperrungen ohne Erfolg, 21 teilweise erfolgreich, und neun mit Erfolg verbunden. Die Streiks waren zu einem Drittel ohne Erfolg, sonst überwiegend voll erfolgreich.

Der Kampfplatz war 1926 auf der Streikseite vorwiegend das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, die Industrie der Steine und Erden, und im vierten Vierteljahr das Verkehrsgewerbe sowie die Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbauindustrie und die elektrotechnische Industrie. Aussperrt wurde vor allem von der Eisen-, Metall- und Stahlwaren herstellenden Industrie, und im letzten Vierteljahr von der Textilindustrie. Im ersten Halbjahr hatte auch die Industrie der Steine und Erden und die Maschinenbauindustrie in größerem Umfang ausgesperrt.

Im ersten Vierteljahr 1927 ist eine Zunahme der Arbeitskämpfe eingetreten. Das Unternehmertum ist angriffslustiger geworden. Wir verweisen auf den Artikel in der vorigen Nummer über „Zunahme der wirtschaftlichen Arbeitskämpfe“. Das organisierte Unternehmertum hat zur Durchsetzung reaktionärer Forderungen mehrfach das Stimmittel der Aussperrung angewandt. Kürzlich waren die Metallarbeiter in Köln ausgesperrt. Jetzt sind die Krefelder Textilarbeiter von einer Aussperrung betroffen worden.

Um den Erfolg der Rationalisierung.

Die Arbeitgeber behaupten vielfach, die Rationalisierung wolle sich nicht im erhofften günstigen Sinne für die Wirtschaft auswirken, weil die Arbeiter die Früchte derselben vorwegnehmen. Man wolle arbeiterseits zu schnell die Früchte der Rationalisierung ernten. So meint auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ (25/1927). Vorsichtig und stilistisch sehr schön umschreibt sie das mit Schänden der leichtbeweglichen, ungeduldrigen Öffentlichkeit. Man wäre in der ersten Etappe, und es wäre durchaus falsch, von einem Versagen der Rationalisierung zu sprechen. Wenn die Verbraucher immer noch keinen Preisabbau bemerken, so läge das an der „Tatsache“ der Lohnerhöhungen, die den Erfolg der Rationalisierung einseitig absorbieren. Beweis seien die „Bereinigten Stahlwerke“, wo sich die monatliche Gesamtlohnsumme um 30 v. H. erhöht und das durchschnittliche Monatseinkommen des einzelnen Arbeiters um etwa 20 v. H. zugenommen hätte. Auf der ganzen Linie hätten wir derartig starke Lohnerhöhungen, daß sie die Möglichkeit eines allgemeinen Preisabbaues beeinträchtigen. Trotzdem sei es gelungen, das Preisniveau vor steigenden Tendenzen zu bewahren, in vielen Fällen sogar zu senken.

Wertwürdig, höchst merkwürdig! Von allgemeinen Lohnerhöhungen spricht man in der Arbeiterschaft nichts. Im Gegenteil mehren sich die Klagen über Versuche zur Herabsetzung der Akkordsätze. Wie die Preisentfaltungen aussehen, zeigt der amtliche Index, der gerade in den letzten Wochen scharf anstieg.

Wenn also die Erfolge der Rationalisierung sowohl in den Preisen wie auch in den Löhnen sich negativ ausdrücken, wo bleiben sie denn? Das sagt der angezogene Artikel an einer Stelle, wo er ganz markant den Erfolg der Rationalisierung herausstreichen möchte, unbewußt zwar, aber um so deutlicher: „Bilden wir in die Bilanzen der Unternehmungen, die in letzter Zeit veröffentlicht worden sind, so sehen wir in wachsendem Umfange — verstärkte Abschreibungen, offene und stille Rücklagen und zum Teil auch höhere Dividendenträge“. Nichts anderes haben wir immer behauptet, und man kann sich über das Beständnis freuen, daß die Unternehmer die einzigen Nutznießer der Rationalisierung bisher waren. Um so eigenartiger klingt die nachfolgende Warnung an die Öffentlichkeit: „Es wäre ein unheimlicher Schaden, wollte sie die unreifen Früchte ernten und so sich um den ganzen Ernteertrag bringen“. Da mag sich ein anderer aussprechen. Ist der Artikelschreiber wirklich so naiv, zu glauben, Öffentlichkeit und Arbeitnehmer würden auf die „Reife“ solange warten, bis die Unternehmer und Kapitalbesitzer alle „unreifen“ Früchte abgepflückt hätten? Läten sie das, verdienten sie Prügel, nicht nur von ihrem berechtigten Eigeninteresse aus gesehen, sondern auch vom höheren Gesichtspunkte volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten aus.

Die Rationalisierung hat Sinn und Zweck nur dann, wenn sie in ihrem auch in den Etappe bereits sichtbaren Endeffekt auf eine Verbreiterung der Höhe der gesamten Lebenshaltung hinauszielt. Sonst wäre eine so einschneidende Operation, die zunächst Hunderttausende von Arbeitskräften brachlegt, nach keiner Seite hin zu verantworten. Nur ein Beispiel, das die „Deutsche Tageszeitung“ (28/1/1927) bringt: Eine Fabrik, die bisher 50 bis 60 Arbeiter beschäftigte, braucht jetzt nur 8, konnte jedoch mit diesen 8 Arbeitern das Bier- und Zünfsache bewältigen als vorm. Wenn kommt nun diese ungeheure Produktions-einsparung zugute? Die Taktik der Arbeitgeber und der Artikelschreiber der „Deutschen Arbeiterzeitung“ läuft darauf hinaus, an Lohn und Preis nichts zu ändern, sie im Gegenteil in ihrem Sinne zu „rationalisieren“ und so die Erwerbslosigkeit zu einem Dauerzustand zu machen.

Nehmen wir zunächst den für den Unternehmer ungünstigsten Fall, daß die Anschaffung der arbeitersparenden Maschinen so viel Kapital erfordert, daß die dafür aufzubringenden Zinsen die Ersparung an Arbeitslöhnen aufwiegen. Dann wäre eine derartige „Rationalisierung“ gelinde ausgedrückt eine unverantwortliche Torheit, die niemandem nützte, sehr viele Arbeiterfamilien aber der Verelendung überantwortete. Viel öfter wird

es vorkommen, daß die Anlagen nicht voll ausgenutzt werden. Dagegen gibt es nur ein Mittel, nämlich durch Hebung der Kaufkraft den Absatz bis zur vollen Ausnutzung der Anlagen zu steigern. Geschieht das nicht, müßte auch eine solche Rationalisierung als grober Unfug entschieden abgelehnt werden. Nun aber ist die ganze Kartellpolitik darauf eingestellt, die Preise hoch und die Löhne niedrig zu halten, verhindert also jeglichen Erfolg der Rationalisierung für die Allgemeinheit, ist kurzfristig auch vom reinen Profitstandpunkt des Unternehmers aus, da sie ihm die letzten Gewinnmöglichkeiten verstopft.

Eine Rationalisierung, die nicht die Produktion steigert, ist unrentabel und bricht auf die Dauer in sich zusammen. Sie dient nicht dem Fortschritt, sondern ist, wie jede Halbheit, ein verhängnisvoller Rückschritt.

Erhöhung der Kaufkraft durch Lohnerhöhung oder Preisentfaltung

war das Thema, welches im Vordergrund der Verhandlungen der zehnten Tagung der Gesellschaft für Sozialreform stand. Die Tagungen dieser Gesellschaft finden allseitige Beachtung, wie der Besuch in Hamburg zeigte. Mehr als 700 Personen hatten sich eingefunden, darunter Gewerkschaftler aller Richtungen, zahlreiche Unternehmer und Behördenvertreter. Nicht zuletzt auch waren führende Männer der Wissenschaft von den meisten deutschen Hochschulen anwesend, darunter bekannte Männer, deren Urteil in der sozialpolitischen Welt etwas bedeutet. In einer solchen Begehung fand die Tagung eine Beachtung wie nie zuvor. Es konnten zwar nur engbegrenzte Gebiete: Lohnerhöhung und Kaufkraft und Selbstverwaltung in der Sozialpolitik herausgegriffen werden. Aber gerade diese Beschränkung führte zu einer fruchtbaren und lehrreichen Aussprache. Singu kommt noch die freimüthige Art, mit der der Präsident der Gesellschaft für soziale Reform, der Oberverwaltungsgerichtspräsident von Mostk (Dresden) in seiner Eröffnungsansprache den Aufgabenkreis der Sozialpolitik scharf umriß. Mit Recht wurden dabei die sozialen Fortschritte in den letzten Jahren hervorgehoben. Ziel sei trotzdem noch zu schaffen. Es hätten sich neue Machtzentren gebildet (Kartelle und Trusts), in denen unmittelbarer Kambarchaft Rationalisierung und Arbeitslosigkeit aufstauden. Hier erwachsen die sozialen Aufgaben. Erstens sei es, die Wandlungen in der evangelischen Kirche zur sozialen Verantwortung zu sehen. Wenn diese Kirche jetzt den Weg geht, den die katholische Kirche schon lange beschritten hat, wird großer Segen daraus für unser Volk die Frucht sein.

Die Wirkung der Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt, so lautete das erste Thema. Zwei anerkannte Wissenschaftler gaben die Einführung. Und zwar Professor Dr. Emil Lederer (Heidelberg) mehr von der theoretischen, Professor Dr. Theodor Strauer (Karlsruhe) mehr von der praktischen Seite. Professor Lederer beschäftigte sich zuerst mit dem so oft aufgestellten Grundsatz, daß sich die Kaufkraft stets bede mit der Menge der Produktionsgüter und daß eine Steigerung der Kaufkraft nur möglich sei durch Erhöhung der Produktivität. Richtig sei dieser Grundsatz aber nur in einer Volkswirtschaft mit vollkommen freier, ungehemmter Konkurrenz. In unserer heutigen Wirtschaft besteht aber keine freie, hemmungslose Konkurrenz. Schon beim einzelnen Unternehmer herrscht das Bestreben vor, die durch die Verbilligung der Produktion mögliche Preisentfaltung nicht durchzuführen, sondern den Mehrgewinn entweder für sich oder sein Unternehmen zu verbrauchen. Größere Kraft und Bedeutung erhält dieses Bestreben noch durch Syndikate und Kartelle. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, versuchen diese Gebilde, die Kaufkraft der Massen zumindest nicht steigen zu lassen. Während des Krieges und unmittelbar nach dem Krtege hieß es immer: Es wird zu wenig produziert, also müssen die Löhne niedriger sein, um die Produktion zu beleben. Jetzt in der Zeit der Rationalisierung heißt es: Es wird zu viel produziert, also müssen die Löhne niedriger sein, um den Absatz zu erleichtern. Beide Argumente sind völlig falsch. Tatsächlich ergibt sich aus dem Entwicklungsprozeß der modernen Wirtschaft, deren Möglichkeiten übrigens noch lange nicht ausgeschöpft sind, folgendes: Die Löhne müssen gesteigert

Eintausend Mark Unfallsterbegeld

wurde den Hinterbliebenen des am 11. Juli im Betriebe der Kölner Straßenbahnen verunglückten Kollegen N. H. seitens des Verbandes ausgezahlt.

Kollegen, sichert Euch die wertvolle Fürsorge des Verbandes in Krankheits- und Sterbefällen durch pünktliche und gewissenhafte Pflichterfüllung gegenüber Eurer Gewerkschaftlichen Organisation.

werden, um die Kaufkraft zu erhöhen! Werden die Löhne erhöht, dann muß mehr produziert werden, weil der Verbrauch steigt. Die Steigerung der Produktivität wird erreicht durch eine Steigerung des Reallohns. Früher hieß es, die Produktionspolitik sei die beste Lohnpolitik; heute muß aber der Grundsatz zum Durchbruch kommen, daß die Lohnpolitik die beste Produktionspolitik ist.

Die theoretischen Erörterungen Leberers wurden durch Professor Brauer praktisch in wirkungsvoller Weise ergänzt. Die Forderung der Gewerkschaften nach wirklicher Lohnerhöhung sei allein schon dadurch verständlich, daß die fortschreitende Rationalisierung die Senkung der Warenpreise tatsächlich bisher nicht gebracht habe. Die Frage muß nun geprüft werden, ob Lohnerhöhungen in der Tat Steigerung der Kaufkraft und damit eine Belebung der Wirtschaft verbürgen. Die Lohnerhöhung sollte zweierlei bewirken: 1. Realisierung der in der Rationalisierung vorhandenen Möglichkeiten zur Aufbesserung der Kaufkraft, 2. Vorwegnahme einer künftig zu realisierenden Lohnaufbesserung, um durch die steigende Nachfragefähigkeit den Innenmarkt zu beleben und den kritischen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden. Diese beiden Aufgaben könne man als regulative und spekulative Lohnerhöhung bezeichnen. Eine Wirtschaftsepode, deren Kern die „Unternehmung“ und deren Eigenartigkeit der Kredit als die schöpferische Voraussetzung künftiger Möglichkeiten sei, könne auch die spekulative Lohnerhöhung nicht grundsätzlich verneinen. Bei der so plötzlichen und unwägbaren Rationalisierung in der Nachkriegszeit hat sich, einem Gelehe der Trägheit entsprechend, die Vorkriegsauffassung der Produktionsbedingungen nicht gleichmäßig der schnell veränderten Wirtschaftslage angepaßt, auch der Lohn hat nicht mit dieser Entwicklung Schritt gehalten. Auf die Dauer werde sich aber diese Angleichung der Lohnhöhe an die Produktivität zwangsläufig durchsetzen, denn erst dies gewährleiste doch schließlich die rationellste Bewertung des Anlagekapitals. Wie aber sei nun die spekulative Lohnerhöhung zu beurteilen? Die Verdrängung der Arbeiterschaft auf einen künftigen Abschluß der Rationalisierung sei ein Unsinn in Hinsicht auf die Tatsache, daß dieser Prozeß ein in seiner Gesamtwirkung nicht abzusehender, kontinuierlicher ist, in dessen Verlauf der jeweiligen Unternehmung fortschreitend Vorteile zufallen. Schließlich sei ein solcher Fortschritt doch nur gewährleistet, wenn das Interesse der Arbeiter ihn mit vorwärts treibe. Der Einwand, daß Lohnerhöhung sich in der Regel in konsumtive Kaufkraft auflöse und damit die Vermehrung des Realkapitals, wie sie die regelmäßige Wirkung steigenden Unternehmerprofits ist, verloren gebe, werde problematisch, wenn man beachtet, welche Förderung die Kapitalbildung z. B. durch die Konsumgenossenschaften, die Volksbanken und Versicherungsunternehmungen gerade von den breiteren Schichten der Arbeiter erfahre. Wenn diese Vorgänge auch nicht direkt auf dem Kapitalmarkt sichtbar würden, so beweiße doch ein Blick auf das Durchschnittsbudget

etwa der heutigen Angestellten, welcher großer Prozentsatz der Ausgaben „kapitalbildend“ und nicht mehr mit dem Vorkriegsstande der Dinge gleichzusetzen ist. Andererseits würde eine forcierte Akkumulierung jezt jeden Fall eine Abkühlung herbeiführen. Eine relative Begrenzung des Lohnfonds sei zwar gewiß nicht zu leugnen, aber die Tatsache der höheren Profite aus dem Austausch mit nichtkapitalistischen Wirtschaften beweise, daß noch genug Spielraum zur Erhöhung des Lohnanteils vorhanden sei. Die heutige Lohnanarchie muß durch eine enge Zusammenarbeit von Arbeitern, Unternehmern und Wissenschaftlern zu überwinden gesucht werden. Die Gesellschaft für soziale Reform sei berufen, durch Zusammenführung dieser Kreise einer neuen Lohnpolitik die Wege zu bereiten. Bei der Rationalisierung hat die Arbeiterschaft die Opfer gebracht. Es ist nun an der Zeit, daß die Unternehmerschaft einmal, statt immer auf Kosten der Arbeiterschaft, nun mit und zugunsten der Arbeiterschaft den gewiesenen Weg geht.

Professor Brauer fand mit seinen Ausführungen starken Beifall. In der Aussprache wurde besonders von gewerkschaftlicher und wissenschaftlicher Seite die Forderung bekräftigt, endlich klar zu erkennen, daß die entscheidende Konsumkraft heute bei den breiten Massen liegt. Unsere Produktionskräfte sind in den letzten Jahren mächtig angewachsen. Wenn es nicht bald gelingt, die Lebenshaltung der breiten Massen ganz erheblich zu steigern, dann hat die ganze Rationalisierung keinen Sinn. Ueber das Problem der Produktion sind wir hinaus; entscheidend ist jezt die Produktionsverteilung. Bemerkenswert war, daß die Unternehmervertreter die Schlussfolgerungen Professor Brauers nicht rundweg ablehnten, sondern nur Einschränkungen vornahmen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die deutschen Unternehmer selbst unter diesen Einschränkungen zukünftig auf dem Lohngebiete vorgehen würden.

Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter Bayerns.

In München fand am 14. August eine Konferenz der in dem Reichs- und Staatsbetrieben Bayerns beschäftigten Mitglieder statt. Aus allen Ortsgruppen des Landes, auch aus der Rheinpfalz, waren Delegierte vertreten. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Satzungsentwurf der Reichsregierung, der auf die Einführung einer Versorgungsstufe der Reichs- und Staatsarbeiter hinielt, und mit der tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege K n o l l (Berlin). Einleitend gab der Redner einen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Verbandes, die sich auf die Errichtung von Versorgungskassen erstreckte. Viel Mühe habe es gekostet, die Reichsregierung und die einzelnen Landesregierungen

Die geistigen Kräfte im Wirtschaftsleben.

Von Franz Anton Bechtold, Volkswirt RDB.
(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich vor einigen Jahren eine Vereinigung gebildet, die den rechten Mann an den rechten Platz bringen möchte. Die Vereinigung erklärte, daß der Nationalwohlstand ganz gewaltig steigen würde, wenn eben der rechte Mann an den rechten Platz käme. Da ein Ausprobieren in den Betrieben zu umständlich, zu zeitraubend und zu unwirtschaftlich wäre, suchten andere Wege und Mittel zur Erforschung des Mannes gefunden werden, der der rechte für den rechten Platz ist.

Die Psychotechnik verspricht, diese Wege und diese Mittel zu zeigen. Sie lehrt, wie man die Ergebnisse der Seelenlehre zur Erforschung der menschlichen Fähigkeiten anwenden kann und sollte. Diese Wissenschaft kann allerdings nicht mit Bestimmtheit sagen, was und was wird der Mann (oder die Frau) in dem oder jenem Betrieb leisten. Eine solche Vorhersage ist schon deshalb nicht möglich, weil ja niemand im voraus weiß, wie sich der untersuchte Mensch später entwickelt. Aber mit ziemlicher Sicherheit kann der Psychotechniker feststellen, der und der Mensch eignet sich nicht für den oder jenen Beruf. Eine solche Feststellung ist, verglichen mit dem Zustand des völligen Gehenslassens und der Ausprobierung in der Praxis, ein gewaltiger Fortschritt. Wenn der Psychotechniker sagen kann, dieser Mensch eignet sich nicht für den oder jenen Beruf, höchstwahrscheinlich aber für den oder jenen andern, so ist für die wirtschaftliche Entfaltung sehr viel gewonnen. Dem Berufsuchenden wird damit viel Nerverg und Verdruß erspart und dem Staat, der Gemeindeförderung oder den privaten Unternehmungen werden so leistungsfähigere Beamte, Angestellte und Arbeiter zugeführt. Deutschland, das durch den Krieg so viel geistige und wirtschaftliche Kräfte eingebüßt hat, muß ganz besonders darauf bedacht sein, Begabungen, Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten rasch zu erkennen und zu verwerten. Es kommt hinzu, daß gerade die Vereinigten Staaten sich in diesen Fragen große Mühe geben

und kein Opfer scheuen, neue Möglichkeiten für die schnelle Erforschung der besonderen Berufseignung zu finden. Auf dem Weltmarkt liegt, wer besser und billiger liefern kann. Nicht die Löhne und Gehälter sind für die Gestehungskosten allein entscheidend, äußerst wichtig ist die technische Leistungsfähigkeit, die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und das auf's zurechnungsfähigste eingerichtete Hand-in-Hand-Arbeiten in einem oder in zusammenhängenden Betrieben.

Deutschland hat allen Grund, in diesen Dingen aufzupassen und hinzuzulernen. Im Reichstag machte der Abgeordnete Hugo schon Ende 1921 darauf aufmerksam, daß die deutsche Wirtschaft nach außen hin nicht so konkurrenzfähig sei, wie es scheint. Der technische und wirtschaftliche Aufbau der amerikanischen Industrie schatte nach dem Urteil großer deutscher Industrieller, die sich in Amerika persönlich umgesehen hätten, die deutsche Industrie ohne große Schwierigkeiten aus. Die hohen Löhne hätten drüber einen solchen Druck ausgeübt, daß sich die schon ohnehin technisch noch mehr vervollkommnet hätten und eine Leistungsfähigkeit aufwiesen, an die Deutschland kaum heranreichte. Aber es wäre nun falsch, die Löhne der einzelnen miteinander wettschreienden Länder zu vergleichen und dann den Schluß zu ziehen, dieses Land hat niedrigere Löhne als ein anderes, also ist es im Wettbewerb überlegen. In der Weltmarktwirtschaft kommt es auf die Herstellungs- und die Transportkosten an. Daß die Vereinigten Staaten trotz der sehr viel höheren Löhne vielfach nicht nur wettbewerbsfähig sind, sondern Deutschland im Wettbewerb nicht einmal mifkommen kann, sollte uns belehren, daß die tägliche Arbeitsleistung, der Stand der jeweiligen Technik, Organisation und Wirtschaftlichkeit zusammen miteinander verglichen werden müssen, nicht aber die Löhne allein.

Wie bekannt, haben die Vereinigten Staaten ihre Ueberlegenheit besonders durch Topifisierung, Normalisierung, Mechanisierung und Wirtschaftlichkeit erreicht. Das alles ist auch in Deutschland bekannt, es gilt nur, diese Erkenntnisse hier ernstlich in die Tat umzusetzen. Ebenso weiß heute fast jeder Unternehmer, was der Amerikaner Taylor lehrte. Es wird noch immer darüber gerechelt, ob und welche Vorteile, es und welche

von der Notwendigkeit der Errichtung einer Versorgungskasse für ihre Arbeiter zu überzeugen. Es sei deshalb zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Vorbereitung für die Errichtung einer Versorgungskasse nunmehr getroffen habe. Leider befriedigende der Satzungsentwurf, den das Reichsfinanzministerium den Gewerkschaften überreicht habe, nicht. Zu wünschen sei, daß der Verlonenkreis für die Pflichtmitgliedschaft weiter gezogen werde. Gänzlich unverständlich sei, daß der Entwurf für einzelne Arbeitnehmergruppen Höchstklassen vorsehe, während grundsätzlich Beitragsklassen nach dem Durchschnittsjahresverdienst vorgesehen seien. Auch zeige der Entwurf den Mangel, daß er sehr schwer verständlich sei. Besonders unzureichend seien die vorgesehenen Rentensätze. Durch rechnerische Beispiele stellte der Vortragende klar, daß die in Aussicht gestellten Renten den Renten anderer Einrichtungen weit zurückstehen.

Die sich anschließende Aussprache bewegte sich in den gleichen Bahnen. Ganz besonders trat der Wunsch hervor, daß die bisher geleistete Dienstzeit in bezug auf Mitgliedschaft und Rentenansprüche angerechnet werden möge. Schließlich wurden die Wünsche der Konferenz in nachfolgender Entschlieung niedergelegt:

Entschlieung.

Die vom Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen am 14. August 1927 in München einberufene Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter Bayerns stellt mit Befriedigung fest, daß die Reichsregierung und die Landesregierungen sich entschlossen haben, für ihre Arbeiter und Angestellten eine Versorgungskasse zur Einführung zu bringen. Einem lang ersehnten Wunsch dieser Arbeitnehmer soll nunmehr Rechnung getragen werden. Die Konferenz kann aber in den Vorschlägen, die die Reichsregierung in dem Entwurf einer Satzung der „Zusatzversorgungskasse des Reiches und der Länder“ den Gewerkschaften unterbreitet hat, eine geeignete Grundlage für eine brauchbare Versorgungskasse nicht erblicken.

Die Gerechtigkeit erfordert, daß die Pflichtmitgliedschaft auch auf solche Arbeitnehmer ausgedehnt wird, die zum mindesten 1100 Stunden pro Jahr beschäftigt sind. Einer Bildung von Beitragsklassen entsprechend dem Jahresverdienst kann zugestimmt werden; doch ist die Einführung von Höchstklassen für einzelne Arbeitnehmergruppen, wie sie in § 30 Ziffer 2 vorgelesen ist, nicht gerechtfertigt. Die Gewährung von Renten soll dann erfolgen, wenn der Versicherte das 66. Lebensjahr erreicht hat oder infolge dauernder Erkrankung für Arbeiten in Reichs- und Staatsbetrieben nicht mehr geeignet ist. In Konsequenz dieser Forderung soll das Wort „Zusatzrente“ durch die Bezeichnung „Ruhe-lohn“ ersetzt werden. Die Berechnungsregeln, nach denen die einzelnen Rentensätze ermittelt werden, sind so zu wählen,

daß sie leicht verständlich sind. Eine Bezugnahme auf Bestimmungen der Pensionsgesetzgebung, ohne deren Wortlaut ausdrücklich zu wiederholen, ist zu vermeiden. Die Rentensätze müssen so bemessen sein, daß sie zu einem bescheidenen Leben ausreichend sind. Diese Gewähr bieten die Höchstbeträge, die in § 36 a des Entwurfes vorgesehen sind, nicht. Auch die Bestimmungen über die Gewährung von Witwenrente bedürfen einer Aenderung. Statt 50 v. H. sollen 60 v. H. gesetzt werden. Dringend geboten erscheint, daß die Dienstzeit, die bis zur Errichtung der Versorgungskasse zurückgelegt ist, für die Berechtigung zur Pflichtmitgliedschaft und für den Rentenanspruch in Anrechnung gebracht wird. Die Konferenz erwartet, daß die Verbandsleitung alles daran setzt, damit bei der endgültigen Gestaltung der Satzung einer Versorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter die Wünsche der Konferenz berücksichtigt werden.

Zum zweiten Punkt sprach Verbandssekretär Weizler (München). An Hand der für die Reichs- und Staatsarbeiter geltenden Tarifverträge zeigte er, daß zahlreiche Bestimmungen dieser Verträge nicht mehr haltbar sind. Die Lohnspannen zwischen den einzelnen Ortsklassen seien zu groß. Eine größere Sicherung des Arbeitsverhältnisses für Arbeiter mit längerer Dienstzeit sei geboten. Ebenso sei ein weiterer Ausbau der Dienstalterszulagen erwünscht. Auf die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche sollte in allen Betriebszweigen hingearbeitet werden. Die sozialen Zuschläge dürften unter keinen Umständen abgebaut werden.

Auch diesem Vortrag folgte eine lebhafte Aussprache. Mehrfach wurde geklagt, daß Dienststellen die Tarifvertragsbestimmungen zum Nachteil der Arbeiter verletzten.

Zum Schluß richtete der Leiter der Konferenz, Bezirksleiter Wittekind, an die Versammelten einen Appell, an der Verbesserung der Standesinteressen auch weiterhin fleißig mitzuarbeiten.

Die Schiedsstellenordnung im RMT. Gemeindearbeiter und RMT. Straßenbahn.

Durch das am 1. Juli 1927 in Kraft getretene Arbeitsgerichtsgesetz ist auch die Schiedsstellenordnung in unseren Reichsmantel-tarifverträgen für Gemeindearbeiter und Straßenbahner nicht mehr in allen Teilen rechtsgültig und bedarf der Abänderung.

Verhandlungen hierüber mit dem Arbeitgeberverbände haben bisher noch zu keinem endgültigen Ergebnisse geführt.

Am 20. Juli wurde hierüber folgende vorläufige Vereinbarung getroffen:

Schäden das Taylorsystem mit sich bringe. Soll man es annehmen oder ablehnen; wird immer noch gefragt. Für den urteilsfähigen Wirtschaftsführer und Wirtschaftspolitiker kann gar keine Rede davon sein, ob man es ablehnen solle. Die Taylor'schen Grundgedanken sind so einleuchtend, daß nur des Wirtschaftens gänzlich unfähige Personen oder Bosheit sich dagegen sträuben können. Ob man das, was man als sein System bezeichnet, überall mit Vorteil einführen kann, soll hier nicht entschieden werden. Seine Grundgedanken aber (die geeignetste Anpassung des Menschen an die Arbeit, die zweckmäßigste Anpassung der Werkzeuge an den Menschen und eine sorgfältige und richtige Berufsauslese) können in jedem einzelnen Betrieb mehr oder minder zum Vorteil der Wirtschaft verwirklicht werden. Ja, sie müssen in den Betrieben, die mit dem Ausland im Wettbewerb sind, verwirklicht werden, wenn sie nicht zurückgeworfen werden wollen. Wie man die etwa sich aus der Verwirklichung der Grundgedanken ergebenden Mißstände beseitigt, mögen die Wirtschaftsführer zusammen mit den Arbeitnehmern und der Wissenschaft ausmachen. Daneben aber müssen Reichsanstalten (etwa wie das von Solvay oder das Kaiser-Wilhelms-Forschungsinstitut) geschaffen werden, die alle Vorschläge und Neuerungen auf diesem Gebiete prüfen und begutachten.

Diese Anstalten haben u. a. auch die Aufgabe: Übung, Ermüdung, die geeignetste Arbeitszeit (Länge der Arbeit), die zweckmäßigsten Pausen, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse, die Staubhindernisse, gesunde und ungesunde Luft, Wahrnehmungsfähigkeit, Willensschulung zu prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfungen allgemeinverständlich zu veröffentlichen. Werden diese Ergebnisse in der Praxis auch richtig ausgenützt, dann wird die Arbeit im gesamten erfolgreicher sein.

Mit den besseren Arbeitsarten, der zweckmäßigeren Berufsauslese, der Verbesserung der Technik kann Deutschland schon ein schönes Stück Weg vorwärtskommen. Diese Fortschritte aber werden wirksamer, wenn die Betriebe vorzüglich organisiert und bewirtschaftet werden. Manche behaupten, daß es Betriebe gebe, in denen auch beim besten Willen kaum noch etwas vervollkommen werden könne. Das ist wohl ein Irrtum. Wer die Fortschrittsmöglichkeiten nicht ganz kennt, der kann auch darüber

nicht gar zutreffend urteilen. Es gibt in jedem Betrieb etwas, das bessergemacht, das erfolgreicher gestaltet werden kann. Franz Eulenburg, der Wirtschaftswissenschaftler, hat kurz nach Beendigung des Krieges auf viele solcher Möglichkeiten hingewiesen. Wenn von den geistigen Kräften im Wirtschaftsleben die Rede ist, so muß man auch an die Wirtschaftswissenschaftler und nicht zuletzt an die Unternehmer denken. Man muß die Frage im gesamten etwa so stellen: Wie ist im deutschen Reich die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erzielen?

Es kommt da zu allererst auf den günstigsten Standort des Gewerbes an. Was im Handel die verkehrsreiche Straße, der Geladen, die kaufkräftige Bevölkerung eines bestimmten Stadtteils ist, das ist für die Betriebe der Güterherstellung das Meer, der Fluß, die Eisenbahn, der Wald, die Erz- oder Kohlengrube. Die große Frage in allen diesen Angelegenheiten ist: Wo werden die eingeführten und die im eigenen Lande gewonnenen Rohstoffe am vorteilhaftesten aufgearbeitet und wie werden sie am zweckmäßigsten befördert und vertrieben? Wie wird die größte Ergiebigkeit im gesamten erzielt? Wenn die Fragen der Technik und der Berufsauslese befriedigend beantwortet sind, bleibt immer noch zu untersuchen, auf welche Weise ein Betrieb am wirtschaftlichsten geführt werden könne. So würde z. B. der mögliche Erfolg nicht erzielt werden können, wenn ein Betrieb nicht an der vorteilhaftesten Stelle angelegt wäre, und wenn die Güter unzweckmäßig befördert würden. Eulenburg machte auf viele solche Versäumnisse und Verlehrsheiten aufmerksam. Da sei einmal die richtige Auswahl der Stoffe. Sie geschehe häufig nicht nach den Möglichkeiten der besten Verarbeitung, sondern nach der Gewohnheit und Bequemlichkeit. So sei es bekannt, daß die Kohle ganz verschieden sei und daß die jeweils beste und geeignetste Verwendungsart im voraus festgestellt werden könne. Beim Einkauf werde aber nicht immer darauf geachtet, und dadurch werden kostbare Stoffe verschwendet. Es sollte eben jeder Betrieb die Kohlenart verwenden, die für ihn die höchste Wirkung herbeiführe. Wenn sich hierin Hindernisse irgendwelcher Art entgegenstellen, so muß man sie eben zu überwinden suchen. Dann mühte aber auch darauf geachtet werden, daß die Heizungsanlagen so eingerichtet werden, daß die Kohle

Verhandelt, Berlin, den 20. Juli 1927.

Anwesend die Herren:

Schulz vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
Knoll vom Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher
Betriebe und Verwaltungen,

Kempner vom Deutschen Verkehrsbund,
Staenke vom Reichsarbeitgeberverband Deutscher Ge-
meinden und Kommunalverbände.

Den anwesenden Herren Arbeitnehmervertretern wurde mit-
geteilt, daß der in der Verhandlung am 13. Juni 1927 vom
Reichsarbeitgeberverband überreichte Vorschlag eines Schieds-
vertrages auf Beschluß der RMT-Kommission dahin geändert
sei, daß in das Schiedsverfahren Anwendungsstreitigkeiten nicht
einbezogen werden sollen. Es soll vielmehr nach dem Arbeit-
gebervorschlag der Kreis der einem Schiedsverfahren vorzube-
haltenden Streitigkeiten derselbe bleiben wie bisher.

Die Herren Arbeitnehmervertreter nahmen von dieser Mit-
teilung Kenntnis.

Gleichzeitig wurde festgestellt, daß für die Geltungsdauer des
RMT. G. 1926 und des RMT.-Straßenbahn III Gesamtrechts-
streitigkeiten im Sinne der Schiedsstellenordnungen zu diesen
Tarifverträgen wie bisher vor den tariflichen Schiedsstellen aus-
zutragen seien.

Es wird eine Neufassung der Schiedsstellenordnung, soweit
sie sich auf die Erledigung von Gesamtstreitigkeiten bezieht, in
Aussicht genommen. Die Gewerkschaften werden demnächst hier-
für Vorschläge dem Reichsarbeitgeberverband unterbreiten.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Eigentümliche Spruchpraxis.

Bei der Regelung der Gemeindegeldarbeiterlöhne im Monat
Dezember 26 für den Bereich des Hessen-Rassauischen Wirt-
schaftsverbandes konnte eine Einigung über die Einteilung der
Städte Friedberg und Wehlar nicht erzielt werden. Die Sache
blieb als Streitpunkt offen und wurde der Bezirksschiedsstelle
unterbreitet. Dieselbe verhandelte hierüber am 20. Dezember
und 7. Januar unter dem Vorsitz des Schlichters für Hessen-
Rassau Herrn Gewerberat Schilling, Hanau. Im ganzen
genommen dauerten die Verhandlungen über die Eingrup-
pierung der beiden Städte 17 Stunden. Es wurde hierbei alles
nur denkbare Material von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite
zusammengetragen. Jede Partei wollte für sich den Erfolg er-
zwingen. Das Ergebnis war folgender Schiedsspruch:

1. Mit Rücksicht auf die gesamte Lohngestaltung im Bezirk
des Hessisch-Rassauischen Wirtschaftsverbandes werden die
Städte Friedberg und Wehlar im 2. Abfahre des Abschnittes
B (Feuerungsklasse) gestrichen und folgender 3. Ab-
fahre hinzugefügt:

möglichst vollständig verbrennen kann. Heute fliegt noch ein
ganz erheblicher Teil unverbrannt in die Luft. Erinnerung sei
hier auch an den Plan der Kohlenvergasung an Ort und Stelle
und der Gasfermentation oder der Umwandlung in elektrische
Kraft. Dadurch würde an Eisenbahntracht gespart werden
können, und der bekannte Wagenmangel zu bestimmten Zeiten
könnte sich nicht in der üblichen Weise auswirken. Ersparnisse im
Transportwesen sind Ersparnisse an Zeit und Geld. „Trans-
portökonomie wirkt kapitalbildend“. Verbesserungen im Trans-
portwesen führen zu einer Stärkung der Wirtschaft.

In Deutschland nehmen die Transportkosten einen viel zu
hohen Anteil an den Herstellungskosten ein. Bei der Herstellung
von Rohstoffen kommen in Deutschland 30, in den Vereinigten
Staaten 10, in England nur 8 v. H. auf die Herbeischaffung der
Rohmaterialien. Diese beiden Staaten haben also allein im
Transportwesen eine sehr zu beachtende Ueberlegenheit. Es muß
darauf das Bestreben der deutschen Regierung und der Wirt-
schaftsführer sein, die Transportkosten zu verbilligen. Das ge-
schieht auch dadurch, daß möglichst keine Rohprodukte ausgeführt
werden, sondern Halb- und Fertigfabrikate. Sie nehmen be-
kanntlich lange nicht den Raum ein, den die Rohprodukte erfor-
dern. Bei der Ausfuhr kommt es ja vor allem auf den Wert,
nicht auf die Menge an. Es soll nach alledem der rechte Stoff
recht verwendet, das rechte Gut recht befördert werden und die
Betriebe an dem Platz angelegt werden, an dem sie am meisten
leisten können. Der beste Standort ist für sie auszuwählen.
Wenn der rechte Mann das Rechte tun soll, müssen die rechten
Dinge an den rechten Ort gebracht werden. Da die Vereinigten
Staaten in viel höherer Weise als Deutschland die rechten Dinge
an den rechten Ort gebracht haben, können sie sich gründlicher der
Aufgabe widmen, den rechten Mann an den rechten Platz zu
bringen. Dem Vorpflug, den sie schon haben, fügen sie den
neuen hinzu, für eine bessere Führerauslese zu sorgen. Man
sagte ja früher schon, daß sich die Amerikaner eine Sache gerne
vornehmen, um darin die höchste Leistungsfähigkeit zu erreichen,
und erst wenn dies geschehen sei, würden sie eine andere in der-
selben Weise anfangen. Es ist Pflicht der deutschen Wirtschafts-
politiker und der Wirtschaftsführer, auf diese Vorgänge zu

Es wird ein Zuschlag zu den Löhnen der Arbeiter und
Arbeiterinnen vom vollendeten 20. Lebensjahre ab gezahlt
in Höhe von 11 Pfg. an männliche Arbeiter und in Höhe
von 6 Pfg. an weibliche Arbeiter im Gebiete folgender Ge-
meinden:

Friedberg und Wehlar.

2. Diese Regelung gilt von der kommenden Lohnwoche ab.
3. Die Kosten der Schiedsstelle verteilen sich je zur Hälfte auf
die beiden Parteiseiten.
4. Für die Erklärung über Annahme oder Ablehnung des
Schiedsspruches gelten die Bestimmungen des R. M. T.
Von Arbeitnehmerseite wurde der Schiedsspruch angenom-
men, von Arbeitgeberseite abgelehnt. Am 16. März verhandelte
der 3. A. über die Berufung des Wirtschaftsverbandes und kam
nach längerer Beratung zu folgendem Ergebnis:

Beschluß.

Die angefochtenen Schiedssprüche werden aufgehoben.
Die Sachen werden zur nochmaligen Verhandlung und
Spruchfällung an die Bezirksschiedsstelle zurückverwiesen.

Unparteiischer Vorsitzender
gez. Dr. Königsberger.

Auf Grund dieses Spruches mußte nun die Bezirksschieds-
stelle erneut zu einer Verhandlung zusammentreten. Das war
der Fall am 14. Juli in Bad Nauheim. Im allgemeinen lag
daselbst Material der Streitparteien vor, wie in den Terminen
20. 12. 26 und 7. 1. 27. Arbeitnehmerseite war man der festen
Meinung, daß auch in dieser Verhandlung ein anderes Ergebnis
als am 7. Januar nicht herauskommen könnte. Auch aus der
Verhandlung selbst war noch kein Bild über eine andere Stel-
lungnahme der Unparteiischen zu gewinnen. Nach längerer
Verhandlungen des Schiedsgerichtes zogen sich die drei Unpar-
teischen zurück zu einer Beratung unter sich. Das Ergebnis
dieser Beratung war nachstehender

Schiedsspruch.

1. Der Antrag auf Höherfassung der beiden Orte Wehlar und
Friedberg wird abgelehnt.
2. Die sachlichen Kosten des Verfahrens werden den Parteien
je zur Hälfte auferlegt.

Der Schiedsspruch gilt als angenommen, wenn nicht bin-
nen Wochenfrist nach Zustellung bei der Geschäftsstelle der
Schiedsstelle Widerspruch erfolgt.

In der recht umfangreichen Begründung wird gesagt, daß der
Schiedsspruch vom 7. Januar auf Grund des günstigen Mate-
rials, das von Arbeitnehmerseite vorgelegt war, gefällt wurde,
dagegen seien aber jetzt einige andere Momente zu berücksich-
tigen. Ganz besonders könne nicht der Stundenlohn zu Grunde
gelegt werden, sondern das gesamte Einkommen der in den
Dritten beschäftigten Gemeindegeldarbeiter gegenüber dem Ein-
kommen der Industriearbeiter. Auch hätten sich Schwierigkeiten er-
geben, wenn man jetzt inmitten der Laufzeit des Lohntariffs

achten und die richtigen Erkenntnisse daraus in der heimischen
Volkswirtschaft zu verwerten.

In der Volks- und Weltwirtschaft ist es richtiger, den Wett-
bewerber scharf zu beobachten und sich nicht in den Gedanken ein-
sullen zu lassen, wie herrlich weit man es gebracht habe. Nie-
mand soll sein Licht unter den Scheffel stellen, aber ein bißchen
Mißtrauen zu seinen eigenen Kräften ist gerechtfertigt. Das
schützt vor der gefährlichsten Eigenschaft, vor der Ueberhöhung.
Es schützt vor dem Wahne, daß man in irgendeiner Leistung
schlechtester Weg nicht zu überbieten sei. Ein gewisses Mißtrauen zu
sich selber kann außerordentlich fördern, etwa in dem Sinne, daß
der Zweifel der Vater jeden Fortschritts ist. Dabei ist zu be-
denken, daß nicht der Zweifel die Hauptsache ist, sondern das
Ergebnis des Zweifels. Langt dieses Ergebnis nichts, dann
war auch der Zweifel sinn- und wertlos. Das Bohren, das sich
gründlich und nachhaltig in die Dinge hineinversehen wird be-
zussig oder geschäftlich nur vorwärts führen, wenn es von einem
Menschen ausgeht, der von neuschaffendem Geist erfüllt ist, der
ein Ganzes überblickt, Willen, Charakter und Kraft genug hat,
seine Erkenntnisse nutzbringend für sich und die Volks- und die
Weltwirtschaft zu verwerten.

Der Psychotechniker wird durch die Erkennung geistiger An-
lagen und erlebten Wissens viel Nutzen stiften können. Er
wird aber wohl nicht mit einiger Sicherheit sagen können: Dieser
Mensch würde sich zum Unternehmer eignen. Daran ist zu er-
innern, damit man vom Psychotechniker nicht zu viel verlangt
oder nichts unmögliches von ihm erwartet. Sowie ich sehe, gibt
es heute noch keine Art des Erfassens, mit der man den inneren
Menschen auch auf seine Unternehmerfähigkeiten hin erkennen
kann. Wohl kann man so ziemlich feststellen, ob jemand leicht oder
schwer aufsteht und wie lange er dies etwa behalten kann. Er-
müdung, Ausdauer lassen sich erproben, ebenso ein Wissen oder
Fertigkeiten bestimmter Art; in welcher Weise aber ein Mensch
das in sich Aufgenommene verarbeitet und wie er das Ver-
arbeitete wieder geistig oder wirtschaftlich verwertet, das im
voraus zu prüfen, wird kaum möglich sein. Denn ein Stück
schöpferischen Menschentums muß jeder Unternehmer in sich
haben, und das Neuschöpferische (Vorstellungen, Einsichten und

eine Umgruppierung desselben vorgenommen hätte. Auf Grund des vorliegenden Beweismaterials hätte man auch jetzt noch wohl zu einer Lohnerhöhung der gelehrten und angelehrten Arbeiter und für die Frauen kommen können, jedoch für die Ungelehrten nicht. Um nun durch einen derartigen Spruch nicht Unzufriedenheit zu schaffen, wird eine Höherstufung aller Lohnklassen abgelehnt.

Man weiß nicht, was man von derartigen wechselnden Ansichten von amtlichen Personen halten soll. Heute sagt man, sowohl der Beweis ist erbracht, es ist eine Höhergruppierung dieser oder jener Stadt notwendig, einige Zeit später entscheidet man in derselben Sache im Gegenteil. Entweder war dann der erste Schiedspruch ein Fehlspruch oder der Zweite. Jedenfalls dürften derartige Vorkommnisse nicht dazu beitragen, das Ansehen der amtlich tätigen Schlichter zu fördern. Im übrigen ist auch diese Angelegenheit durch den erneuten Schiedspruch nicht erledigt. Die Stadtverordnetenversammlung in Friedberg hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, trotz dieses Schiedspruches vom 14. Juli, die erhöhten Sätze des Spruches vom 7. Januar zu zahlen. Wir glauben kaum, daß der Bessen-Hausische Wirtschaftsverband sich diesen Beschlüssen widersetzen wird.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Geburtenrückgang und Berufsnachwuchs.

Darüber stellt an Hand der Volks-, Berufs- und Betriebszählung Oberregierungsrat Dr. Burgdörfer im Reichsarbeitsblatt (19, 1927) interessante Betrachtungen an. Im allgemeinen teilen die Jugendlichen mit Vollendung des 15. Lebensjahres in das Erwerbsleben ein. 1929 wird der letzte noch einigermaßen voll besetzte Vorkriegsgeburtensjahrgang (1914) mit 618 000 Knaben ins Erwerbsleben treten. Dann folgen die fünf Kriegsgeburtensjahrgänge. Die Kurve des jugendlichen Nachwuchses erreicht ihren Tiefpunkt in den Jahren 1932/33, wo nur je rund 300 000, also die Hälfte des Vorkriegsnachwuchses, in das Erwerbsleben eintreten werden. In den Jahren 1935 und 1936 rücken zum ersten Male wieder nach Vorkriegsbegriffen vollbesetzte Geburtensjahrgänge mit rund 640 000 in das Erwerbsleben ein, doch fällt — entsprechend dem dann folgenden raschen Geburtenrückgang — in der Folgezeit die Kurve wieder erheblich ab. Man wird nach diesen Zahlen damit rechnen müssen, daß in den Jahren 1930 bis 1934 zwar kein Mangel an Arbeitskräften besteht, aber ein sehr empfindlicher Rückgang des beruflichen Nachwuchses eintreten wird.

Welches Ausmaß der Verhelfungsmangel erreichen wird, läßt sich allerdings schwer voraussagen. Nach der Berufsberatungsstatistik von 1925/26 suchten rund 220 000 Knaben Rat bei den Berufsberatungsstellen, das ist etwas mehr als ein Drittel des gesamten 15-jährigen männlichen Nachwuchses (653 000). Offene

Lehr- und Ankerstellen waren 123 000 angemeldet, d. h. auf je fünf 15-jährige Knaben eine; in Lehr- und Ankerstellen wurden durch die Berufsberatung vermittelt insgesamt 92 000 Knaben, d. h. ein Siebentel des gesamten 15-jährigen Nachwuchses. Nimmt man an, daß die Zahl der offenen Lehrstellen in fünf Jahren (1932) etwa die gleiche sein wird wie heute, d. h. rund 125 000, daß aber entsprechend dem Rückgang des 15-jährigen Nachwuchses um 40 bis 50 Prozent sich auch die Zahl der Knaben etwa auf die Hälfte — also auf etwa 100 000 — reduzieren wird, so würde es in fünf Jahren nicht mehr möglich sein, alle bei den Berufsberatungsstellen zur Anmeldung kommenden offenen Lehrstellen zu besetzen.

Bayern will kein Ferngas aus dem Ruhrgebiet. Der zuständige Ausschuss des bayerischen Städtebundes ist in der Frage der Ferngasversorgung zu dem Ergebnis gelangt, daß ein wirtschaftlicher Vorteil für die Städte und Gasabnehmer aus der Ferngasversorgung aus Rheinland und Westfalen nicht zu erwarten ist, daß vielmehr innerhalb Bayerns selbst größere Ferngasversorgungsnetze von den Städten geschaffen werden sollen.

Der deutsche Binnenmarkt.

In dem Jahrbuch für das deutsche Volk 1927 hat der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg programmatische Ausführungen über die Bedeutung des deutschen Binnenmarktes gemacht. Der Verfasser weist einleitend nach, daß Deutschland entweder Waren oder Menschen exportieren mußte. Für die Einführung großer Mengen Rohstoffe und Lebensmittel und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten haben es dem alten Deutschland gestattet, den jährlichen Bevölkerungszuwachs von 900 000 Menschen anzunehmen.

Das Friedensbillet von Versailles aber zeige, daß das Ausland sich diese Wirtschaft nicht mehr gefallen lasse. Trotzdem könnten wir keinen Bevölkerungszuwachs auf uns nehmen, „soll nicht das Deutschland eines Tages aus der Weltgeschichte ausgelöscht werden.“

Der Warenausfuhr in allem Umfange stände der Damesplan und die Gegnerschaft des Auslandes mit ihren Zollsystemen entgegen. Letzten Endes also würde uns auch eine unermessliche Steigerung des deutschen Exports wieder in die nämlichen Bahnen führen, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt hätten. Ausschlaggebend sei daher in der Zukunft mehr wie bisher der Innenmarkt. Eine leistungsfähige Landwirtschaft müsse in erhöhtem Umfange die Einfuhr von Lebensmitteln erkräftigen und biete in erhöhtem Umfange die Möglichkeit, Kraft- und Arbeitsmaschinen, wie auch Kunstdünger aufzunehmen. Deshalb Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung. Weiterhin empfiehlt der Verfasser, der Einfuhr von fremden Waren die nämlichen Erschwernisse zu bereiten, wie sie den Deutschen vom Auslande bereitet werden.

Das deutsche Volk müsse erzogen werden, an erster Stelle

Erfahrungen zu verbinden und sie wirtschaftlich vorteilhaft auszunutzen) setzt sich aus so vielen und vielleicht auch zu rasch sich abspielenden Vorgängen zusammen, als daß es etwa im Voraus erkennbar wäre.

Ueber den Begriff, das Wesen und die Bedeutung des Unternehmers ist viel geschrieben und geredet worden. Im einzelnen soll hier nicht näher darauf eingegangen werden; hervorgehoben sei aber, daß die Anschauung vertreten wird, der Unternehmer müsse Arbeitgeber und Produzent sein. Dr. Felix Kuhz aber betont: Wir verstehen darunter einen Menschen, dessen besonders entwickelte Selbständigkeit ihn befähigt, aus sich selbst heraus, ohne äußeren Zwang, eine schaffende Tätigkeit zu entfalten. Mit dieser Tätigkeit kann und wird meistens — braucht aber nicht — ein eigentliches geschäftliches Risiko verbunden zu sein. Die Verwendung von eigenem oder fremdem Kapital oder die Benützung fremder Arbeitskräfte gehöre nicht unmittelbar zum Begriff des Unternehmers. Ebensovienig gehöre die außergewöhnliche Entfaltung des Erwerbsinnes dazu. Alle diese Eigenschaften könnten im Unternehmer vereinigt sein, der Begriff des Unternehmers stehe und falle mit dem Vermögen vollkommener Selbständigkeit. Im gesamten: Freiheit und Selbständigkeit seien die Grundpfeiler des Unternehmertums. So sehr auch der Begriff „Selbständigkeit“ kennzeichnend für den Unternehmer ist, so muß man doch fragen: Wer ist vollkommen selbständig? Jeder Volkswirt wird sich die Frage beantworten können. Wer sich vor Unglücksfällen hüten will, muß sich der Relativität aller Dinge bewußt sein.

Die erhöhten Gehirne haben sich auch in der Frage der Betriebsräte mehr und mehr beruhigt. Jedenfalls: heute wird über sie leidenschaftslos geschrieben und gesprochen. Heinz Gotthoff führte aus, daß der Industrieuntertan zum Industriebürger werden muß. „Er muß wissen, was und wozu er arbeitet.“ Da wir vom arbeitsteiligen Großbetrieb nicht zurückkönnen, da der einzelne Arbeiter nicht Schaffer eines selbständigen, mit seiner Persönlichkeit verbundenen Erzeugnisses werden kann, so muß die Gesamtheit der in einem Betriebe Beschäftigten sich als Träger der Produktion, als Schaffer ihrer Erzeugnisse

fühlen können.“ Diese Gesamtheit wolle selbst mitbestimmen. Gotthoff weiß aber wohl, daß unsere Zeit eine Rationalisierung in der Arbeitszeit, den Arbeitsmethoden, den Löhnen und Lohnmethoden erfordert, aber er glaubt, daß dies umso erfolgreicher gelingen könne, je offener der Unternehmer seine Karten aufdecke. So könne er zeigen, was er habe und nicht habe. „Je offener der Arbeitgeber seine Karten aufdeckt, desto sicherer ist er gegen Mißbrauch dessen, was er doch nicht hat.“ „Desto eher stellt sich auch das Vertrauensverhältnis heraus, das unentbehrlich ist, nicht nur um die Arbeitsbedingungen und Löhne so zu gestalten, daß die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nicht gefährdet ist, sondern auch um die Kollagen machen zu können, die der Betrieb zum Schutz gegen Konkurrenzschwankungen und Krisen, zur Erneuerung und Erweiterung der Produktionsmittel braucht.“ Wie man sich immer auch zu den Anschauungen von Gotthoff stellen mag, er spricht da und dort Gedanken aus, die wert sind, überlegt zu werden. Dafür zeugt auch dieser Satz: Wissen ist die beste Waffe nicht nur des Angreifers gegen eine bestehende Einrichtung, sondern auch des Verteidigers gegen eine Gefährdung durch unverständene Phrasen.

Die geistigen Kräfte leiten und führen die Wirtschaft Neben den hier erwähnten Eigenschaften ist für sie vor allem Menschenkenntnis nötig. Wenn die geistigen Kräfte im Wirtschaftsleben erfolgreich sein sollen, dann müssen sie auch vorbildlich leben. Mit einigen sehr treffenden Worten hat Friedrich Nietzsche in seiner „Morgenröte“ darauf hingewiesen. Er schrieb: „Man klagt über die Zuchtlosigkeit der Masse; wäre diese erwiesen, so fielen der Vorwurf schwer auf die Gebildeten zurück. Die Masse ist gerade so gut und böse wie die Gebildeten sind. Sie zeigt sich in dem Maße böse und zuchtlos, als die Gebildeten sich zuchtlos zeigen; man geht ihr als Führer voran, man mag leben, wie man will; man hebt oder verdirbt sie, je nachdem man sich selber hebt oder verdirbt.“ Wer die Masse an ihre Pflicht erinnert, muß zuvor die eigene erfüllt haben. Nur durch die eigene Pflichterfüllung erwirbt man das Recht der Führung und Leitung. Dessen müssen sich die geistigen Kräfte im Wirtschaftsleben bewußt bleiben!

deutsche Erzeugnisse zu kaufen, auch dann, wenn dieselben einen kleinen Preisunterschied aufweisen, der aber in der Regel durch die bessere Qualität ersetzt würde.

Soweit die Darlegungen, mit denen auch der Arbeitnehmer einverstanden sein können.

Wenn aber die programmatischen Darlegungen damit aufgehören, soweit sie in der deutschen Arbeitgeberzeitung wieder gegeben werden, dann gehen sie um das Hauptproblem des Binnenmarktes herum.

Von der deutschen Bevölkerung sind mehr als 70 Prozent, deren Konsumkraft abhängig ist von der Höhe des Lohnes oder Gehaltes. Sie stellen nicht nur die größte Zahl der Produzenten, sondern, was für den Binnenmarkt von ausschlaggebender Bedeutung ist, der Konsumenten dar, die den übergroßen Teil der deutschen Produktion verbraucht.

Es berührt daher eigentümlich, wenn bei einer grundsätzlichen Erörterung über den Binnenmarkt, die Lohnfrage überhaupt nicht berührt wird.

Wir können nicht annehmen, daß Wirtschaftsführer wie Geheimrat Dr. Duisburg diese Frage übersehen habe. Glauben vielmehr, daß die Lohnfrage nur deshalb nicht berührt wird, weil wirkliche Führer der Wirtschaft, auf Grund ihrer besseren Erkenntnis sich in dieser Frage nicht in einen offenen Gegensatz zu der Behandlung der Lohnfrage seitens der Arbeitgeberverbände setzen wollen.

Trotzdem wird die Macht der Verhältnisse, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, sie zwingen, sich mit diesem Probleme auseinanderzusetzen, auch auf die Gefahr hin, öffentlich bekennen zu müssen; wir waren bisher in der Beurteilung der Lohnfrage auf falschem Wege und müssen in der Zukunft der Wirtschaft willen eine andere Bahn einschlagen.

Arbeiterbewegung.

Lob der christlichen Gewerkschaften.

„Weltbühne“ beschäftigt sich Morus mit der Rede Borffs, die unlängst so großes Aufsehen erregte. Der Artikelschreiber kommt zu folgendem Schluß:

„Die Gewerkschaftsbewegung der Linken kann, wie sie jetzt ist, der Arbeitgebervereinigung weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch etwas anhaben. Wenn es noch irgend einen Schutzwall gegen die soziale Reaktion gibt, so sind es, wie ich glaube, nicht die freien Gewerkschaften, sondern die christlichen Gewerkschaften, ein paar energische Arbeiterführer vom Schlage Imbusch und Baltruisch oder die Standalmacher vom Deutschenationalen Handlungsgehilfenverband.“

Da der Verfasser des Artikels und die Zeitschrift „Weltbühne“ weltanschaulich keine Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften haben, vielmehr den freien und kirchlichen viel näher stehen, müssen obige Auslassungen zwar als widerwilliges, aber gerechtes Urteil über die christlichen Gewerkschaften gelten.

Unorganisierte haben keinen Anspruch auf die Vorteile des Tarifvertrages.

So entschied unlängst das Kölner Arbeitsgericht.

Ein Kraftwagenführer, der bereits ein Jahr bei seinem jetzigen Arbeitgeber tätig war, klagte gegen diesen auf Gewährung von Ferientagen. Der Kläger wies darauf hin, daß seinen Kollegen in anderen Betrieben Ferientage unter Fortzahlung des Lohnes gewährt würden. Der Vorsitzende belehrte den Kläger, daß ein gesetzliches Recht auf Ferientage überhaupt nicht bestehe. Urlaubstage seien nur dort zu verlangen, wo sie ausdrücklich vereinbart oder wo sie in Tarifverträgen festgelegt würden. Im letzteren Falle auch nur dann, wenn die Beteiligten den vertragstiftenden Parteien als Mitglieder angehört. Die Verhandlung ergab, daß der Kläger nicht organisiert war, und da der im Gewerbe bestehende Tarifvertrag, der Ferien vorsah, auch nicht für allgemein verbindlich erklärt worden war, so mußte die Klage abgewiesen werden.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Neuburg a. D. (Flussbauarbeiter). Unsere Ortsgruppe hielt am 31. Juli 1927 eine fast vollständig besetzte Versammlung ab. In derselben berichtete Kollege Sauermaier, München über die letzten Verhandlungen zwecks Regelung einiger Bestimmungen des Tarifvertrages, sowie über einen vorläufigen Satzungsentwurf für eine Versorgungsanstalt des Reiches und der Länder. Bezüglich der Ortslohnzulagen konnte der Referent mitteilen, daß auch Neuburg a. D. eine solche von sechs Prozent erhält. Die Neuregelung gilt rückwirkend ab 1. April. In der anschließenden Aussprache wurden die Wünsche laut bezüglich Einziehung Neuburgs in Ortsklasse B, wie das auch bei den Beamten der Fall sei. Zur Versorgungsfrage wurde der Wunsch geäußert, daß auch die über 45 Jahre alten Arbeiter mit einer längeren Dienstzeit in die Versorgungsanstalt aufgenommen werden sollen.

Trier. Am 31. Juli fand unsere übliche Monatsversammlung statt. Kollege Bezirksleiter Beder, Köln hielt einen interessanten Vortrag über das „Arbeitslosenversicherungsgesetz“. Allgemein wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, solcher belehrenden Vorträge besonders in

den Wintermonaten noch mehrere den Kollegen zu halten. Unter Punkt Verschiedenes wurde von den Kollegen des Gaswerks lebhaft Klage geführt, daß einzelne Feuerarbeiter, ganz besonders die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes einschließlich des Betriebsratsvorsitzenden B., neben ihrer regulären Schicht von 8 Stunden einige Male sogar anschließend noch 16 Überstunden gemacht, also ununterbrochen 24 Stunden gearbeitet hätten. Durch diese Überstunden schüberei seien einzelne sogar auf 144 Arbeitsstunden 14tägig gekommen. Dieses arbeitschädigende Verhalten stände im großen Widerspruch zum Arbeitszeitgesetz sowie zu den Neben der Vertreter dieser Leute im Reichstag, besonders gelegentlich der Beratung des Arbeitszeitnotgesetzes. Auch seien in Trier noch genügend Arbeitslose vorhanden, die für diese Arbeiten im Gaswerk eingestellt werden könnten. Es wurde gewünscht, daß sich der dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband politisch nahe stehende sozialdemokratische Beigeordnete Loosen dieser Dinge mal annehmen möge.

Zur Beachtung!

Neue Postgebührenordnung.

Am 1. August ist eine neue Postgebührenordnung in Kraft getreten.

Hiernach betragen die Gebühren für:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm	3	h
über 20 bis 250 Gramm	15	h
über 250 bis 500 Gramm	20	h
Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm	15	h
über 20 bis 250 Gramm	30	h
über 250 bis 500 Gramm	40	h
Postkarten im Ortsverkehr	5	h
im Fernverkehr	8	h
Drucksachen (Ein Unterschied zwischen Voll- und Teildrucksachen wird nicht mehr gemacht) in Form einfacher Karten auch mit anhängender Antwortkarte bis 50 Gramm	3	h
über 50 bis 100 Gramm	5	h
über 100 bis 250 Gramm	8	h
über 250 bis 500 Gramm	15	h
über 500 Gramm bis 1 Kilogramm (Nettogewicht 1 Kilogramm)	30	h
Geschäftspapiere (bis 250 Gramm)	40	h
Päckchen bis 1 Kilogramm	15	h
Zahlkarten im Postfachverkehr: bei Einzahlungen bis 10 M.	40	h
von 10 bis 25 M.	15	h
von 25 bis 100 M.	20	h
von 100 bis 250 M.	25	h

In den folgenden Stufen bis 1250 M. bleibt die Gebühr unverändert.

Die Einschreibe- und Eilgebühren sind unverändert geblieben und betragen nach wie vor für Einschreibe- wie auch für Eilbriefe oder Eilarten sendungen 30 h zuzüglich Porto für gewöhnliche Sendungen.

Vom 15. August ab wird für jede nicht genügend frankierte Sendung Straporto erhoben. Die Geschäftsstellen und Vorstände werden daher dringend ersucht, um unnötige Ausgaben zu vermeiden, die neue Gebührenordnung genau zu beachten.

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Albert Borstenbley	Machen	25. 6. 1927
Bernhard Böhner	Bodum	23. 7. 1927
Wilh. Birkenheuer	Köln	29. 7. 1927
Jacob Huber	München	2. 8. 1927
Franz Hollet	Neustadt	3. 8. 1927
Georg Bauer	Nürnberg	5. 8. 1927

Ehre ihrem Andenken!